Statement Jahres-Pressekonferenz, 31. Juli 2025, Berlin

Dr. Dagmar Pruin, Präsidentin Brot für die Welt

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herzlich willkommen zur Jahres-Pressekonferenz 2025 von Brot für die Welt und Danke für Ihr Interesse.

Lassen Sie mich direkt beginnen, um die Dringlichkeit und Tragweite unserer Anliegen zu verdeutlichen. Wo stehen wir?

„Wenn wir jetzt nicht umsteuern, dann werden bis 2030 14 Millionen Menschen zusätzlich sterben—allein wegen der Kürzungen der US-amerikanischen Entwicklungsorganisation USAID. Unter den Menschen, denen der Tod durch vermeidbaren Hunger und Krankheit droht, sind mehr als 4,5 Millionen Kinder unter fünf Jahren."

Dieser Prognose liegt eine Studie im Fachmagazin Lancet zugrunde.

Das bedeutet hier und heute, in der nächsten halben Stunde, in der wir uns austauschen, werden 133 Menschen sterben, unter ihnen 36 Kinder. Das sind die direkten Folgen einer unterfinanzierten Entwicklungszusammenarbeit. Und da betrachten wir nur die Konsequenzen der radikalen Kürzungspolitik der Trump-Regierung.

Der vollständige Rückzug der USA aus der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe markiert eine tiefgreifende und dramatische Zäsur. Er untergräbt den globalen Konsens auf beispiellose Weise – und trifft Millionen Menschen. Jahrzehntelange Fortschritte in den Bereichen Ernährungssicherheit und Armutsbekämpfung, aber vor allem im Gesundheitsbereich stehen auf dem Spiel: Die USA haben bisher rund 20 Prozent des Haushalts der Weltgesundheitsorganisation WHO gestellt. Weil die Mittel jetzt fehlen, rechnet die afrikanische Gesundheitsbehörde CDC Africa mit zwei bis vier Millionen Menschen, die zusätzlich an vermeidbaren Krankheiten sterben. Erst recht, weil viele andere wohlhabende Länder dem schlechten Beispiel der US-Regierung folgen und die Mittel kürzen, darunter Großbritannien, Frankreich oder Schweden.

Die Bundesregierung muss sich jetzt entscheiden!

Seit gestern wissen wir: Nach drastischen Kürzungen in den vergangenen Jahren möchte die **Bundesregierung auch 2026 die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit um weitere 330 Millionen kürzen.** Dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sollen nur noch 9,94 Milliarden Euro zur Verfügung stehen – das sind fast 30 Prozent weniger als noch 2022. Die sogenannte ODA-Quote sinkt in Deutschland erneut unter die international vereinbarten 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens. Ein Großteil

der ODA-Mittel verlässt dabei das Land nicht. Der größte Empfänger dieser Mittel ist Deutschland selbst - aufgrund der Hilfe für Geflüchtete im Inland.
Noch drastischer: Die für 2025 um mehr als 50 Prozent auf 1 Mrd. € gekürzten Mittel für humanitäre Nothilfe wurden nicht zurückgenommen. Die Mittel verharren 2026 auf diesem viel zu geringen Niveau.

Besorgniserregend ist meines Erachtens auch, dass im BMZ-Haushalt die Mittel für die ehemalige Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ - sie heißt jetzt „Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme - erneut drastisch gekürzt werden sollen – um fast 25%. Das wird nach dem Ausfall von USAID und den Kürzungen in vielen anderen Ländern wie dem Vereinigten Königreich oder den Niederlanden sowie der Halbierung der humanitären Hilfe Deutschlands in diesem Jahr die Zahl der Hungernden und auch derjenigen, die an Hunger sterben, weiter in die Höhe treiben. Es treibt mich um, dass ausgerechnet bei den Ärmsten der Armen am stärksten gekürzt wird.

„Die Mittel für die internationale Zusammenarbeit zu kürzen, ist vollkommen falsch. Die Bundesregierung muss Werte wie Solidarität und Mitmenschlichkeit in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen – kein Rückzug, sondern mehr Verantwortung muss die Antwort sein. Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass weltweit 310 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, 700 Millionen Menschen in extremer Armut leben und rund 730 Millionen Menschen hungern. Deutschland muss zu seinen internationalen Versprechen stehen und ein positives Vorbild sein: Man lässt keinen Menschen verhungern.“

Um zu verstehen, was gerade auf dem Spiel steht, hilft es, kurz die Perspektive zu wechseln. Nach dem Ende von USAID ergab eine Umfrage unter unseren Partnerorganisationen, dass hunderte von den Kürzungen direkt oder indirekt betroffen sind. Unsere Partner in Afrika, Asien und Lateinamerika beschreiben sehr eindrücklich, was es für sie bedeutet, wenn der Globale Norden die Hilfe so massiv kürzt. So musste beispielsweise unsere Partnerorganisation, die Federation of Women Lawyers aus Lesotho zwei Projekte zur Unterstützung von schwangeren Frauen einstellen.

Wenn Deutschland seine Ausgaben senkt, werden andere folgen. **Deutschland muss den längst laufenden Domino-Effekt stoppen.** Kleinere Geberländer brauchen jetzt ein positives Signal aus Deutschland.

„Wir setzen sonst die Erfolge der vergangenen Jahrzehnte auf's Spiel. Entwicklungszusammenarbeit wirkt! Dank der besseren Gesundheitsversorgung hat sich beispielsweise die Zahl der Kinder, die vor ihrem fünften Geburtstag sterben, in den vergangenen drei Jahrzehnten halbiert. Diese lebensrettenden Erfolgsgeschichten gilt es fortzuschreiben und nicht einem kurzsichtigen Sparkurs zu opfern.“

Bei Brot für die Welt gilt seit jeher: Entwicklungszusammenarbeit weiter denken!

Entwicklungszusammenarbeit ist weit mehr als Armutsbekämpfung oder wirtschaftliche Förderung, sondern ausdrücklich auch Sicherheits- und

Friedenspolitik. Unsere Projekte fördern den sozialen Zusammenhalt, stärken den Dialog vor Ort und schaffen Perspektiven für benachteiligte Gruppen. Ein Beispiel dafür ist die Arbeit unserer kongolesischen Partnerorganisation CBCA (Baptistengemeinschaft in Zentralafrika) in Goma. In einem von Krisen und Kriegsgeschehen geprägten Umfeld hilft sie, junge Menschen in landwirtschaftlichen und handwerklichen Berufen auszubilden und sie bei der Gründung eigener Unternehmen zu unterstützen. Das ist für viele die einzige Alternative zum Kriegsdienst in Milizen. CBCA versorgt in zahlreichen Gesundheitseinrichtungen auch Patient*innen mit Schussverletzungen und Frauen, die Opfer von Vergewaltigungen wurden.

Diese Verknüpfung von humanitären, entwicklungs- und friedenspolitischen Ansätzen ist ein Alleinstellungsmerkmal von Brot für die Welt—wir arbeiten nachhaltig! Wir tun mehr als Symptome zu lindern, wir wirken aktiv mit an der Transformation von Konfliktursachen – durch Bildung, Gleichberechtigung, wirtschaftliche Teilhabe und dadurch, dass demokratische Strukturen gestärkt werden. Ob beim Thema Nahrungssicherheit oder Geschlechtergerechtigkeit: wir unterstützen Partnerorganisationen dabei, langfristige Lösungen zu entwickeln und umzusetzen. Das macht die Welt sicherer in unsicheren Zeiten.

Nun fragen viele: Können wir uns Entwicklungszusammenarbeit wie bisher leisten? Ich sage: Ja. Auf jeden Fall.

Ich gehe sogar noch weiter: Wir können es uns – auch aus ethischen Gründen - **nicht** leisten, weniger zu tun.

*„Es ist genug Geld da! Während das Gesamtvermögen der weltweit etwa 2.800 Milliardär*innen allein 2024 auf rund 15 Billionen stieg, kämpfen fast 3,6 Milliarden Menschen mit weniger als 6,85 US-Dollar am Tag ums Überleben. Die Besteuerung von Milliardär*innen ist deshalb eine von vielen guten Ideen, um die internationale Entwicklungsfinanzierung zu sichern. Und sie liegt konkret auf dem Tisch. Bereits beim G20 Gipfel 2024 schlug Gastgeberland Brasilien eine Mindeststeuer von 2% auf Milliardärs-Vermögen vor. Länder wie Spanien und Frankreich unterstützen den Vorschlag.“*

Eine globale Milliardärssteuer ist wirksam und zugleich fair. Schon eine moderate Besteuerung von zwei bis drei Prozent der Superreichen könnte laut dem Netzwerk für Steuergerechtigkeit jährlich bis zu 1.000 Milliarden US-Dollar mobilisieren – damit ließe sich die Finanzierungslücke für globale Entwicklungsziele spürbar verkleinern um Bildung, Gesundheit und Klimaschutz weltweit zu stärken -und damit Ungleichheit in der Welt abzubauen. Spanien und Brasilien haben im Juli bei der Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Sevilla eine „Koalition der Willigen“ initiiert, die diese Steuer vorantreiben will. Auch Deutschland hat sich hinter die Idee gestellt. Nun gilt es, den Absichtsbekundungen auch Taten folgen zu lassen.

Eine Milliardärssteuer ist kein radikales Experiment, sondern längst überfällig.

In einer Welt, in der Vermögensvermehrung, Steuerflucht und klimaschädliche Subventionen ungebremst weiterlaufen, braucht es endlich eine faire

Lastenverteilung. Dazu gehören neben einer Milliardärssteuer umfassende Reformen der internationalen Finanz- und Schuldenarchitektur. Institutionen wie der IWF oder die Weltbank müssen demokratischer werden und Ländern des Globalen Südens mehr Mitspracherecht einräumen. Drei Milliarden Menschen leben in Ländern, die mehr Geld für Schuldendienst als für Gesundheit oder Bildung aufwenden.

Das geht nicht! Schulden dürfen nicht töten – Menschen sollen leben!

Deshalb unterstützen wir gemeinsam mit 500 Partnern die Initiative **Erlassjahr.** Das ist eine entwicklungspolitische Initiative, die sich für die **Entschuldung von Ländern des Globalen Südens** einsetzt. Sie basiert auf der biblischen Idee des "Jubeljahrs" oder "Erlassjahrs" aus dem Alten Testament, bei dem Schulden regelmäßig erlassen und soziale Gerechtigkeit wiederhergestellt werden sollten (vgl. 3. Mose 25).

Kurz gesagt: Die Ideen sind da, die Daten sind eindeutig, der Handlungsdruck ist enorm. **Was jetzt zählt, ist politischer Mut – insbesondere von Ländern wie Deutschland.**

Auch die Innenpolitik ist gefragt!

Leider erleben wir aber wie hierzulande die Entwicklungszusammenarbeit diffamiert wird– befeuert durch rechtspopulistische Kräfte. Die Folge: Der jahrzehntelange überparteiliche Konsens, dass Deutschland für eine starke Entwicklungspolitik steht, wird infrage gestellt.

„In Zeiten multipler Krisen, steigender Preise und der größer werdenden Schere zwischen Arm und Reich, wird die Neiddebatte bewusst angeheizt: „Warum die und nicht wir?“. Diesen Diskurs befeuern Rechtsextreme und populistische Parteien mit voller Absicht. Solidarität und Mitgefühl gefährden offenbar ihre menschenfeindliche und gefährliche Agenda. Inzwischen spielen leider auch der eine oder die andere aus der politischen Mitte dieses zynische Spiel mit.“

Immer lauter wird in diesem Diskurs dann die Frage gestellt: „Was haben wir davon?“ Wir können als Antwort darauf damit argumentieren, dass Deutschland ein Exportland ist und sichere Märkte und Handelswege für eine Exportnation wichtig sind - im Sinne von „jeder investierte Euro muss sich lohnen“.

Als Präsidentin eines kirchlichen Entwicklungswerks sage ich aber auch:

„Es geht nicht um das Meine und Deine. Sondern es geht um eine Welt, die sicher für uns alle ist. Die Probleme dieser Welt, ob Klima oder Hunger, kennen keine Grenzen. Wir sind eng miteinander verbunden und darum sind die Sorgen meines Nächsten auch meine Sorgen! Menschenleben sind kein Wirtschaftsgut. Es geht um ein Leben in Würde für alle, ohne Hunger und in einer gerechten und sicheren Welt, in einem Klima, das den Planeten auch in

Jahrhunderten noch bewohnbar macht. Es geht um die Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens: Solidarität und Zusammenhalt!

Brot für die Welt ist als kirchliches Entwicklungswerk der Gerechtigkeit und der Menschenwürde verpflichtet. Gemeinsam mit unserem internationalen Netzwerk werden wir weiter unsere Rolle als Brückenbauerin und Anwältin für Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit mit Entschiedenheit wahrnehmen.

Wenn andere die gesellschaftliche Spaltung vorantreiben, bleiben Nächstenliebe, Solidarität und Menschenwürde die tragenden Säulen unseres Handelns. Unser Ziel bleibt, Räume für Freiheit, zivilgesellschaftliches Engagement und friedliche Entwicklung weiterzuentwickeln und dort zu erweitern, wo sie bedroht sind.
Unsere Forderungen an die Bundesregierung:

1. Überarbeiten Sie den Haushalt für 2025 und erhöhen Sie die Mittel für 2026!
2. Setzen Sie sich international für eine Milliardärssteuer ein!
3. Nehmen Sie eine Vorreiterrolle bei der Entwicklungsfinanzierung ein.

Kurz: Nehmen Sie das Heft des Handelns wieder in die Hand. Zeigen Sie Gestaltungswillen. Es ist alles da, es braucht nur etwas Mut.

Bilanz Brot für die Welt 2024

Nach allem, was ich Ihnen gerade dargestellt habe, kann ich aber auch sagen: Es stimmt mich zuversichtlich, dass so viele Menschen - unserer Spender*innen - in diesen auch für sie finanziell herausfordernden Zeiten eine klare Haltung zeigen: Sie wollen dazu beitragen, dass Menschen in ärmeren Ländern ihre Potenziale entfalten und ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Für dieses Vertrauen bin ich sehr dankbar.

Insgesamt spendeten die Menschen fast 74 Millionen Euro, die wir einsetzen können, um unsere Partnerorganisationen zu unterstützen.

Durch die Mittel, mit denen uns die evangelischen Kirchen in großartiger Solidarität mit den Menschen im Globalen Süden unterstützen, und Gelder, die uns die Bundesregierung für unsere Arbeit anvertraut, standen uns insgesamt 332,3 Millionen Euro zur Verfügung. Damit konnten wir im vergangenen Jahr weltweit 2.919 Projekte unterstützen. Regionale Schwerpunkte waren Afrika und Asien. Insgesamt wurden 318,7 Millionen Euro verausgabt. Rund 91 Prozent der verwendeten Mittel, 289 Millionen Euro, hat Brot für die Welt für Entwicklungsprojekte ausgegeben. Für Werbe- und Verwaltungsaufgaben haben wir rund 9 Prozent eingesetzt. Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) bewertet den Anteil der Werbe- und Verwaltungsausgaben an den Gesamtausgaben als niedrig. Das ist die beste zu vergebende Kategorie.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.